

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonabend

28. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtniszeit 2-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

## Hindenburg unterzeichnet.

### Locarno-Gesetz im Reichsrat mit 49 gegen 15 Stimmen angenommen.

Vor der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten beschloß der Reichsrat in öffentlicher Vollziehung mit 49 gegen 15 Stimmen, von dem Gesetzentwurf über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Gegen diesen Beschluß stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin.

Der Reichspräsident wird das Gesetz noch heute unterzeichnen.

### Die Rechte nach der Niederlage.

Eine Blütenlese von Beschimpfung.

Die Rechtspresse reagiert auf die Niederlage der Locarno-Opposition nicht einheitlich. „Deutsche Tageszeitung“ und „Arenz-Zeitung“ nehmen die Niederlage sehr ruhig auf — man fühlt, wie erleichtert die Herren sind, daß der Locarno-Vertrag unter Dach und Fach ist. Die Presse jedoch, deren vornehmster Zweck ist, an die Instinkte des Spießbürgers zu appellieren, ergeht sich in Variationen von Beschimpfungen. Voran die Hugenberg-Presse.

Der „Sozial-Anzeiger“ schreibt: „Was gestern noch Ankündigung war, ist heute schon Tatsache: der Reichstag hat mit dem letzten Resten unserer politischen Bewegungstreue auch auf Jahre hinaus, auf mindestens neun Jahre, die Zukunft unserer Brüder am Rhein und an der Saar dem Erfüllungstaumel aufgegeben.“

Das sind die Töne, wie sie in den Zeiten der Nordhege gegen die Politik der Verständigung bellend waren. Der „Tag“ schändet ein Märchen von Andersen, um die Regierung als Betrüger zu bezeichnen in einer Form, die er juristisch für unschlagbar hält:

„Über die Geschichte vom Locarno-Vertrag ist in anderer Hinsicht noch märchenhafter als das Märchen. Bei Andersen spannen allein die Betrüger und sorgten dafür, daß keiner aus dem Kaiser Hofstaat ihnen helfe, daß keiner hinter ihre Schliche käme. Beim Locarno-Vertrag aber hielten sich die Betrüger im Hintergrunde und ließen des Reiches Außenminister spinnen. Das hatte selber Andersen nicht vorausgesehen. Denn der deutsche Außenminister glaubte an die Sache, wenn er aus den imaginären Fäden von Hoffnungen und Vertrauen das Paragrafenwerk knüpfte und alle Fäden zog, die es erst ermöglichen, daß auch die anderen Klugen und Weisen im Lande das Lustgebilde als greifbares Ergebnis ansehen. So kann Dr. Stresemann wohl sagen, daß, abgesehen von der Idee, Lust überhaupt zu einem Vertrage spinnen zu können, für die London und Paris verantwortlich zeichnen, das Locarno-Vertrag sein Werk sei.“

Auch eine Form der Hebel Die Absicht, zu beschimpfen, ist offenkundig, die Feigheit vor der Verantwortung aber auch! Diese „Helden“, die so tapfer von hinten herum verleumden, können es gar nicht erwarten, daß andere wieder auf den Schlachtfeldern Helden sein werden. Man liest im „Tag“:

„Und es wird doch „trotz allem“ einst der Tag kommen, wo Europa in Flammen steht und wo in diesen Flammen das Papier von Locarno samt den Namen seiner Unterzeichner verkohlt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemüht sich, den kleinen Umfall der Deutschnationalen bei der Abstimmung über den Auslieferungsantrag zu verteidigen:

„Ein Mißerfolg des Volkenscheidts aber wäre nicht nur eine Niederlage der Gegner von Locarno, sondern zugleich eine Niederlage des Reichspräsidenten, dessen Mandat ja unmittelbar vom Volke stammt, an das er vergeblich appelliert hätte. Der Weg des Antrags auf Auslieferung der Verkündung des Locarno-Gesetzes führte also nicht zu seinem Fall, sondern er führte direkt in den Sumpf. Dem Reichspräsidenten aber würde mit einem solchen Beschlusse eine Verantwortung zugeschoben, die ihn nach dem bekannten Ausdruck in die „Drecklinie“ stellte, ohne daß ihm die Reichsverfassung ein taugliches Mittel an die Hand gäbe, in Fällen wie dem vorliegenden einen bedeutenden Reichstagsbeschlusse wirksam zu verhindern.“

Sie wollten also den Reichspräsidenten nicht noch mehr in die Drecklinie stellen, als sie es schon getan haben. Die Tatsache aber, daß Hindenburg aus innerer Ueberzeugung für Locarno ist, verschweigen sie immer noch sein faulerlich.

Die Bundesgenossen der Rechten, die Kommunisten, führen in der „Roten Fahne“ merkwürdige Tänze auf. Es heißt dort:

„Am Reichstag stimmten die Vertreter des kapitalistischen Systems, die Führer des Großkapitals und der Schwerindustrie, die Unternehmer, Syndikali und die sozialdemokratischen Unternehmungsklassen für den Locarno-Pakt. Demselben aller Massenbewegungen, jenseits der Interessen des Proletariats, entschieden die Südlänge des bürgerlichen Parlamentarismus für den nächsten imperialistischen Krieg.“

Natürlich: die Sozialdemokraten sind Unternehmungsklassen, und die Bundesbrüder der Kommunisten gegen Locarno, die Deutschnationalen und die Böllischen, sind alles kapitalistische Klassenbewegungen. Proletarier, mit Herrn Hugenberg an der Spitze! Außerdem: es ist doch ganz logisch: nach dem Frieden kommt der

neue Krieg, und nach dem Krieg der Frieden. Wer also für den Frieden ist, der ist für den Krieg, und wer für den Krieg ist, der will nur den Frieden. Nach dieser unwiderstehlichen kommunistischen Logik hat Klara Zetkin, die zum Kriegsbandnis aufrief, eine Friedensrede gehalten, und Breitscheid, der für die Verständigung sprach, eine Kriegsrede. Und es gibt noch Leute, die sich so frech anmaßen lassen!

### „Ehe wir sterben müssen.“

Aufrecht, aber vorfristig.

In der „Deutschen Zeitung“ feiert Otto v. Schilling den nächsten Weltkrieg mit folgenden tiefempfindenen Worten: Der Aufbruch einziger Hoffnung klammert sich nur noch an den Tag von Sedan. Müde auch einmal auf unser zweites Dämlich von Locarno noch die Stunde kommen, wo Deutschlands entweihte Fahnen wieder stolz in den Wäldern wehen und wir jubelnden Herzens singen können: „O Deutschland hoch in Ehren“. Ehe wir sterben müssen.

Daraus geht unwiderstehlich hervor, daß „wir“ das mit einem Weltkrieg nun einmal unvermeidlich verbundene große Sterben auch das nächstmal zu überleben fest entschlossen sind.

### Hindenburg, ein verlässlicher Funke.

In der „Medienburgischen Warte“ erinnert Wulle daran, daß der Reichspräsident in seinem Eide gelobt, Schaden vom Reiche zu wenden. Dazu beklammert er:

„Schaden von ihm wenden! Locarno, Todesstreich gegen Deutschlands Haupt, Reichspräsident, die Stunde ist da...“

Und wenn auch der Funke verlischt? Hindenburg ein Mann, der seinen Eid nicht hält! Hindenburg, ein verlässlicher Funke! Aber noch strahlt uns Wulles Licht!

### Rückwirkungsdebatte in London.

Einigung über die Truppenverminderung notwendig.

London, 28. November. (CP.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ ist in der Lage, mitteilen zu können, daß außer Mussolini alle Minister, die in Locarno waren, nach London kommen würden.

Die deutsche Delegation wird die stärkste sein, woraus zu schließen sei, daß die Deutschen Wert darauf legen, die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages in London eingehend zu besprechen. Insbesondere handle es sich um das Rheinlandregime, die Einschränkung der deutschen Luftschiffahrt, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Abrüstungsfrage.

Da die letzte Vorkonferenz keine Einigung über die Herabsetzung der Besatzungsmächte erzielen konnte, hätten auch die französischen und belgischen Delegierten ein Interesse an einer Konferenz mit den englischen Staatsmännern.

### Reichswehr und politische Vereine.

Die Methoden der alten kaiserlichen Armee.

Das Reichswehrministerium hat nun, entsprechend seiner Ankündigung, die Liste der Vereine bekannt gegeben, die nach §§ 36 und 37 des Wehrgesetzes als politische erachtet werden und bei deren Veranstaltungen somit Bestandteile der Reichswehr nicht mitwirken dürfen. Die Liste enthält tatsächlich die bekannten rechtsradikalen Organisationen, wie den „Nationalverband Deutscher Offiziere“, den „Alldeutschen Verband“, „Stahlhelm“, „Wiking“, „Jungbo“, „Berwolf“ usw., auch den „Reichsbürgererrat“, die „Bismarckjugend“, ein „politisches Kolleg, Berlin W., Mohrstraße 22“, die „Reichsflagge“, „Bayern und Reich“, die „Bereinigten Vaterländischen Verbände“, die verschiedenen Münchener Frontbünde usw. Über auch entschieden republikanische Organisationen, die lediglich für die Aufrechterhaltung und Verteidigung der deutschen Reichsverfassung eintreten, wie das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und den „Deutschen Republikanischen Reichsbund“ findet man auf dieser Verbotsliste. Ganz unglaublich aber wird es erscheinen, ist aber doch wahr, daß die freie Gewerkschaft Deutscher Arbeiterverband und sämtliche der Zentralkommission für Arbeiterpartei- und Körperpflege angeschlossenen Organisationen bis zum Arbeiterfamariterbund, dem Arbeiterklub und dem Touristenverein Naturfreunde in diese Liste aufgenommen sind. Auch der Reichsbund der Kriegsbeschädigten ist unter den solcher Art verbotenen Organisationen. Die einzelnen Verbote gehen bis auf das Jahr 1921 zurück.

Was das Verbot des Deutschen Musikerverbandes angeht, so wird es wohl auf den Kampf dieser freien Musikergewerkschaft gegen die oft als unantastbar bezeichnete Konkurrenz von Militärmusikern gegen Zivilmusikern zurückzuführen sein. Die Arbeiter-Turn- und Sportverbände aller Art werden durch dieses Verbot ausschließlich auf Zivilkapellen angewiesen — andere dürften sie ohnehin nicht heranziehen. Aber merkwürdig ist es doch, daß sich das Heer der Republik wenigstens in dieser Beziehung zur Arbeiterbewegung genau so zu stellen scheint wie die kaiserliche Armee von anno dazumal!

## Die Lehren einer Wahl.

Von Josef Hofbauer, Teplic.

Das für den Sozialismus nicht sehr erfreuliche Ergebnis der Parlamentswahl in der Tschechoslowakei gibt der Sozialdemokratie dieses Staates, vor allem der tschechischen Partei, manche eindringliche Lehre. Fragt sich nur, ob die tschechische Sozialdemokratie unter dem unmittelbaren Eindruck des Wahlausganges geneigt und imstande ist, diese Lehren zu würdigen.

Die Wahlen haben mit einer Niederlage des Sozialismus geendet. Denn wenn es auch den deutschen Sozialdemokraten unter schwersten Mühen gelungen ist, die Stimmenzahl seit den Gemeindevahlen von 1923 etwas zu erhöhen, so muß doch zugegeben werden, daß sie nicht imstande war, über den Kreis ihrer treuen Anhängerschaft hinauszuwachsen. Der Wählerzuwachs kam fast ausschließlich den bürgerlichen Parteien zugute. In manchen Gebieten, so im deutschen Westböhmen, vermochten sich auch die Kommunisten fester einzunisten. Eine Wahl, bei der nur der Bestand der Partei behauptet werden kann, kann aber nicht befriedigen, muß fast als Niederlage gewertet werden.

Von allen abgegebenen deutschen Stimmen entfielen 24 Proz. auf die Sozialdemokraten, die tschechische Sozialdemokratie aber bekam nur 12 1/2 Proz. der tschechischen Stimmen. — Die kommunistische Partei aber ist sehr stark gewachsen. Sie wird mit ihren 41 Mandaten die zweitstärkste Fraktion des Abgeordnetenhauses sein. Sie ist im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zweifellos die stärkste kommunistische Partei Europas, abgesehen natürlich von Rußland, wo andere Parteien nicht bestehen dürfen. Wie ist dieses Wahlergebnis zu erklären? Gewiß, die Stimmenzahlen von 1920 waren nicht zu halten. Damals haben, noch unter dem Eindruck des Kriegserlebens und des Zusammenbruchs der bürgerlichen Politik, Zehntausende sozialdemokratisch gestimmt, die keine innere Beziehung zum Sozialismus hatten. Damals gab es noch keine Kommunistenpartei; aber sie hätte, wenn nicht die alltschechische Koalitionspolitik seine Wegbereiterin geworden wäre, nicht so stark werden können.

Die tschechischen Sozialdemokraten mußten in der Koalition, um sie erhalten zu können, mancher undemokratischen und mancher unfazialistischen Maßnahme zustimmen. Schweren Herzens wohl zumeist, aber doch. Und wenn sie auch manchen sozialpolitischen Erfolg erzielten — im Denken der Arbeiter wegen die Sozialversicherung und das Arbeiterurlaubsrecht weniger schwer als das Terrorgesetz, als das Gesetz zum Schutze der Republik, die völlig unbedroht ist, als die Verschlechterung des Pflegegesetzes, die Einführung der Getreidezölle und die willkürliche Handhabung des österreichischen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Und nicht im Denken der Arbeiter allein! Lohn- und Beamtenabbau haben wahrcheinlich auch tausende Staatsbeamte veranlaßt, kommunistisch zu wählen, und jene Intellektuellen, die mit der Verzerrung der Demokratie durch das Wechselsystem (Vet = S; der Kräfte-Ausgleich der Koalition war das eigentliche Parlament, D. Red.) unzufrieden waren, strömten der neuen tschechischen „Arbeiterpartei“ zu. Die zwar kein Mandat gewann, aber doch gegen 100 000 Stimmen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Politik der tschechischen Genossen mitgehört. Beilegende Tschechisierung, Verdrängung Lehntausender deutscher Beamter und Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz, Sperrung von fast 4000 deutschen Schulklassen unter Regierung, in denen tschechische Sozialdemokraten saßen — das hat viele deutsche Arbeiter in das Lager der Nationalisten und der sich sehr national gebärdenden Christlichsozialen getrieben. Die Partei der „Tschechischen Sozialisten“, der auch der Außenminister Dr. Beneš angehört, hat sich in ihrem Wahlauftruf mit ihren Tschechisierungserfolgen gebrüht. Sie rühmte sich dessen, daß es ihr gelungen sei, besonders im Eisenbahnbereich den deutschen Einfluss zu verdrängen, 10 000 tschechische Beamte und Arbeiter im deutschen Sprachgebiet anzustellen und für sie Wohnungen zu bauen. Und diese Politik wird eifrig fortgesetzt. Eben jetzt wird bekannt, daß im Eisenbahndirektionsbezirk Olmütz wieder 1600 Angestellte abgebaut werden sollen — unter ihnen 1800 Deutsche! Jeder dieser Abgebauten wird zum Agitator für die nationalistischen Parteien. Der Nationalismus kann ihnen freilich nicht helfen, aber es gewährt ihnen gewissermaßen seelische Befriedigung, sich für ihr Unglück zu rächen durch den Anschluß an eine ihnen besonders radikal erscheinende Partei, durch den Anschluß entweder an die Hakenkreuzler oder an die Kommunisten, oder doch wenigstens durch die Stimmenabgabe für sie.

Die Wahlen haben gezeigt, daß die Mehrheit der Wähler koalitionsfeindlich, Gegnerin dieser Koalition ist. 3 185 000 Wähler haben für die Koalition gestimmt, 3 474 139 gegen sie. Aber die Koalition wird doch eine Mehrheit haben! Sie bekommt ungefähr zehn Mandate durch die Zuteilung der Stimmen der durchgefallenen Oppositionsparteien an die großen Parteien. Zehn Mandate aus geraubten Stimmen! Die Koalition hat gewußt, warum sie in letzter Stunde das Wahlgesetz „reformierte“! Und weil das noch nicht langt, so wird man die bisher oppositionelle tschechische Gewerkepartei in die Koalition mit einbeziehen. Denn die allnationale Koalition muß dem Staate erhalten werden. Und die tschechischen Sozialdemokraten werden, wie ein Beschluß ihrer Parteilegative zeigt, wieder mit dabei sein.

Aber wenn sie wieder, um des technischen Charakters des Staates willen, in die Koalition gehen, in eine Koalition, in der sie mit ihren 29 Mandaten fast einflusslos sein werden, in der die Macht der Agrarier und der Klerikalen sie erdrücken wird, dann gefährden sie damit die nächste Zukunft des demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei. Natürlich nicht seine Zukunft überhaupt, aber seine nächste Entwicklung. Daß sie von 1 600 000 Stimmen, die sie 1920 bekamen, rund eine Million Stimmen verloren haben, zum großen Teile an die Kommunisten, die nichts mehr auf den tschechischen Charakter des Staates geben, die nicht mehr auf seiner Integrität beharren, sondern das Recht der Selbstbestimmung der Minderheitsvölker bis zur Auflösung propagieren — das muß ihnen doch sagen, daß die Mehrheit des tschechischen Proletariats von ihrer bisherigen Koalitionspolitik nichts wissen will. Daß auch die deutsche Sozialdemokratie sich nicht fortzuentwickeln vermag, daß sie sich nur knapp zu behaupten vermag, daß im deutschen Volk die Kommunisten und vor allem die Hakenkreuzler und die Klerikalen anwachsen — das muß ihnen zeigen, daß ihre Koalitionspolitik, daß die Politik der allnationalen Koalition, die den wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen auch im tschechischen Volke so sehr widerspricht, zu einer Gefahr für den gesamten demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei geworden ist.

Es ist sehr viel einzuwenden gegen die allnationale Koalition und ihre Politik. Aber selbst wenn nur wenig gegen sie zu sagen wäre — eine proletarische Partei kann nicht ungefragt eine Politik machen, die dem so deutlich befundenen Willen der Mehrheit des Proletariats widerspricht. Tut sie es doch, dann muß sie es in Zukunft noch schwerer büßen. Und mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie werden auch jene sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei getroffen, die gegen die Politik, gegen die sich der Unwille so großer proletarischer Massen wendet, von allem Anfange an gekämpft haben.

Die tschechischen Sozialdemokraten werden vermutlich für diese Feststellungen und Warnungen ihrer deutschen Genossen nicht viel Beachtung übrig haben. Sie sind immer noch des Glaubens, im Interesse der tschechischen Arbeiter und des Sozialismus zu handeln. Sie werden also wieder an einer allnationalen Koalition teilnehmen. Aber es soll schon jetzt vor der sozialistischen Welt auf die ungeheure Verantwortung verwiesen werden, die sie damit auf sich laden. Verantwortlich sind sie nicht allein für das Geschick ihrer Partei. In ihren Händen liegt auch die Verantwortung für das Geschick der anderen sozialistischen Parteien in diesem Staate, für das Schicksal des Sozialismus in der Tschechoslowakei.

## Die neue Regierung in Baden.

### Koalition des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Aus Baden wird uns geschrieben: Da in keinem der Länder seit 1918 — nur einmal vorübergehend im Reich — eine Regierungskoalition zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bestanden hat, dürfte es auch außerhalb Badens interessieren, wie diese Koalition zustande gekommen ist. Die badische Sozialdemokratie kann mit gutem Gewissen diese Koalition vor der Partei und vor der politischen Öffentlichkeit verantworten.

Nachdem die Landtagswahl vom 25. Oktober für die bisher bestandene Weimarer Koalition eine Mehrheit von 50 Mandaten bei 72 Sitzen ergeben hatte, war das parteipolitische Ziel der Sozialdemokratie, die alte Koalition (Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie) wiederherzustellen. Das Zentrum wollte aber die große Koalition, da die Deutsche Volkspartei ein Mandat mehr als die Demokraten (6) erhalten hatte. Eine Landeskonferenz der Sozialdemokratie lehnte mit Zweidrittel-Mehrheit ein Zusammengehen mit der Volkspartei und damit die große Koalition ab.

## Volksbühne.

### Lunatscharkski: „Der befreite Don Quixotte“.

Lunatscharkski, der russische Volkskommissar für Wissenschaft und schöne Künste, muß bei seinen fanatischen Vorgesetzten als ein Romantiker, wenn nicht gar als ein Reaktionsär des Gefühls gelten. Denn als Dichter begibt er sich vollkommen in eine Vergangenheit zurück, die seinen Landsleuten schon verwerflich scheint. Er pflegt nämlich jenes komplizierte Gedankendrama, das sehr tief in die einzelnen Seelen hineinsinkt. Der Dichter schlägt sich mit seiner eigenen Persönlichkeit und mit dem schwierigen Charakter seiner dramatischen Personen herum. Dabei ist es gar nicht bequem, die Linie zu finden, auf der Lunatscharkski seine Ideen zusammenreihen möchte. In seinem russischen Vaterlande ist heute dieses komplizierte Theater nicht beliebt. Die Reformatoren des Dramas und seiner literarischen Verwickelungen lehnen das Theater als moralische Anstalt ab. Lunatscharkski hält also fest an dem altmodischen Theater. Die Worte, die er sucht, werden spitzig ausgegründelt oder auch träumerisch hingefügt. Alles das spricht dafür, daß Lunatscharkski zu einer Klasse von Dichtern gehört, die noch der Inspiration vertrauen und sich nicht allein auf die Agitation verlassen. So möchte man glauben, daß der politische Volkskommissar Lunatscharkski ein anderer ist als der Dichter. Vor seinen deutschen Hörern, die in der Bühnensprache zusammenströmen, verteidigt der politische Volkskommissar den absoluten Rum auf die Schwärmerideen der Vergangenheit. Der Mensch, der Gelehrte, und der Künstler endlich haben sich artig und geduldig dem Marxismus zu überliefern, wie er sowjetisch ausgelegt und unterlegt wird. Der isolierten Persönlichkeit, die sich genaugenau verschwendet möchte, wird ein Maulkorb angehängt. Aber Lunatscharkski beweist durch sein eigenes Werk, daß er für sich selber den Maulkorb ablehnt.

Er hat ein Recht dazu. Sein Singspiel vom „Befreiten Don Quixotte“ ist wirklich ein sinnreiches und reifes Werk. Der Dichter will wohl die Ereignisse, die ihn unmittelbar ergriffen und bestimmt auch ungeheuer erregten, in die Ewigkeitsgeschichte einbauen, aber er tut es beinahe tendenzlos. Er ist der objektive Betrachter dessen, was gewesen war. Bernimmt man, daß seine sehr kritischen Passagen ihn ausprägen, als sein Don-Quixotte-Drama über die Moskauer Bretter ging, dann wundert man sich kaum. Lunatscharkski sieht in Don Quixotte den Menschen der unerschütterlichen Güte, den großen Einfältigen der Bibel, der alles zum Besten wendet, nach dem brennenden Lichte seines Herzens. Dieser besondere Wille lohnt sich nun bei Don Quixotte so, daß der in Güte überschwebende Held stets zerkratzt, stets verkannt und als unnütz oder gemeinafährlich zum Teufel gejagt wird. Don Quixotte könnte der alte Lottolot sein. Lunatscharkski hat in der Schwärze als verbannter Revolutionär diesen Ideen gebührend So verhält er nicht. So bricht er nicht fanatisch mit diesem Dogma der Anzweiflung, das sehr feindselig im Gegensatz zu dem anerkannten Staatsdogma seiner politischen Freunde steht. Selbst der Träger der revolutionären Gewalt, der das Gewissen zerstückelt, legt seinen Kopf voll Sehnsucht an die Brust des weichen Philantropen, damit er dessen Seelen empfängt. Es mischen sich die Ereignisse dieses Stückes aus Aktuellem und Phantastischem zusammen.

Inzwischen verfloß die Zeit und alles drängte auf Bildung einer Regierung hin. Als die Zentrumsvertreter vom Kasseler Parteitag zurückkehrten, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen; die Volksparteiler hatten inzwischen wegen des Verbots, beim Hindenburg-Besuch in Karlsruhe schwarzweißrote Fahnen zu führen, die Regierungsparteien maßlos und tölpelhaft angegriffen, so daß das Zentrum gleichfalls Bedenken trug, mit dieser Partei in eine Regierungskoalition zu gehen. Die Weimarer Koalition schien also wieder zu marschieren!

Da faßten die Demokraten am vorigen Sonntag einen Beschluß, in dem sie erklärten, daß bei dem derzeitigen Stand der Dinge eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Erneuerung der bisherigen Koalition zwecklos sei. Nach ihrer (der Demokraten) Meinung hätte ihnen das Zentrum, falls der demokratische Kultusminister in der neuen Regierung beibehalten werden sollte, unwürdige Zumutungen gestellt!

Die Regierungsbildung konnte — vier Wochen nach der Wahl — nicht noch länger verschoben werden; es galt jetzt zu handeln! Zentrum und Sozialdemokratie beschloßen, unter allen Umständen nunmehr eine Regierung zu bilden, um den vielen Kritikern zu begegnen und dem Lande nicht das Schauspiel einer schleichenden politischen Krise zu geben. Man befehlte das Kultusministerium nicht endgültig, sondern übertrug die Wahrung seiner Geschäfte dem sozialistischen Innenminister Kemmele, um den Demokraten jederzeit eine Rückkehr zur Weimarer Koalition zu ermöglichen. Die zwei anderen Ministerien, das der Finanzen und der Justiz, verwalteten wie bisher die Herren Dr. Köhler und Trunk als Angehörige des Zentrums. Trunk hat man zugleich zum Staatspräsidenten (welcher in Baden alljährlich wechselt) bestimmt. Damit im Kabinett eine Partei die andere nicht majorisieren kann, hat die Sozialdemokratie einen weiteren Staatsrat in dem Genossen Maier-Heidelberg erhalten, so daß in der badischen Regierung die Genossen Kemmele (Minister), Maier und Maier (Staatsräte) neben drei Zentrumsvertretern sitzen. Das ist die schwarzrote Koalition, wie man sie scherzhaft in Baden nennt! Sie hat bei 72 Abgeordneten eine feste Mehrheit, da das Zentrum über 28, die Sozialdemokratie über 16 Sitze verfügt.

Man erhofft von ihr, besonders im Hinblick auf die auch in Baden herrschende starke Arbeitslosigkeit, gute soziale Arbeit und den Schutz der Republik! In diesem Reichen wird und muß die neue Regierung tätig sein. Beim Beginn der nächsten Woche entwickelt sie im Landtag ihr Programm.

## Renner über Sozialisierung.

### Vortrag bei den sozialdemokratischen Studenten.

Im Saale der „Hochschule für Politik“ hielt Staatskanzler a. D. Genosse Dr. Karl Renner am Freitagabend einen Vortrag über „Warenproduktion und Sozialisierung“. An der Hand der österreichischen Erfahrungen gab der Redner die Gründe, warum diese Sozialisierungsversuche scheitern mußten. Vereinzelte Kriegsindustrien, die stillgelegt waren, wurden zur Sozialisierung bestimmt, ohne daß für die Umstellung die erforderlichen Kapitalien und ohne daß für die neue Produktion irgend ein Absatz gesichert oder nur auffindbar war. Es wurde offenbar, daß die Sozialisierung nicht bei einzelnen zusammenhanglosen Produktionsstätten begonnen werden kann. Die kapitalistische Produktion ist Warenproduktion. Ohne Regelung des Marktes, d. i. des Zirkulationsprozesses, sind sozialisierte Betriebe inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsweise unhaltbar. Der Vortragende entwickelte nun die Gesetze der Zirkulation und der Mehrwertverteilung auf kapitalistischer Basis. Die Grundfunktion des Kapitals ist die des Zirkulators der Waren und des Akkumulators der aufgehäuften Mehrwerte. Diese Funktionen müssen auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erfüllt werden, freilich nicht im Dienste des Privatkapitals, sondern im Dienste der Gesellschaft. Indem man die Bedeutung des Zirkulationsprozesses überseh, brachte man z. B. in Rußland durch die Sozialisierung der Pro-

duktionsbetriebe die Wirtschaft zum Stillstand. Jede Sozialisierung muß daher ausgehen von der Zirkulation. Der ökonomische Cole sagt: „Den Kapitalismus zerstören ist einfach, ihn ersetzen ist schwer“. Jede Sozialisierung in großem Maßstab muß also ausgehen von der Neuordnung der Zirkulation und Akkumulation, muß also beginnen bei Handelskapital und Bankwesen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sind auch die Ansätze vorhanden, die wir zu benutzen haben. Auf kapitalistischer Basis arbeiten Kartell, Trust und Konzern vor; sie sind zunächst auf den Staat zu überführen. Noch bedeutendere Vorarbeit leisten aber die Genossenschaften. Die Konsumgenossenschaften insbesondere gehen von der Zirkulation aus und greifen durch die Eigenproduktion hinüber auf das Gebiet der Produktion. Sie allein erledigen die Warenproduktion für den Markt durch die Bedarfsdeckung für den Konsum. Ein großer Teil unserer Wirtschaft kann durch die Genossenschaften sozialisiert werden. Es sind also zwei Träger der Sozialisierung gegeben: einerseits der Staat, die Gemeinden und die öffentlichen Körperschaften, andererseits die Genossenschaften. Eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen beiden ist anzustreben. Auf jeden Fall aber braucht das Proletariat, um alle Hemmungen zu überwinden vorerst die politische Macht. Es muß den Staat beherrschen, um zu sozialisieren. Die kapitalistische Herrschaft über den Staat macht jeden Versuch im einzelnen zu einem vergeblichen Experiment. Die zweite Bedingung ist, daß die Volkswirtschaft einen solchen Grad der Reife besitzt, daß sie die Voraussetzungen der Sozialisierung bietet: der Sozialismus kann nur der Erbe des Kapitalismus sein, nicht aber sein Konkursmasseverwalter. Die Arbeiterklasse muß sich mit ökonomischer Erkenntnis erfüllen, um zu dem Werte reif zu sein, in der Stunde, wo sie die politische Macht erobert hat.

Eine lebhafte Diskussion schloß sich an den Vortrag. Die gut besuchte Versammlung nahm Vortrag und Diskussion mit lebhaftem Interesse auf.

## Der Dolchstoß-General.

### Ein Mann mit „sozialem Herzen“ sucht Stellung.

In unserem Stuttgarter Parteiblatt, der „Schwäbischen Tagwacht“, nimmt Genosse Wilhelm Keil einen General Leichmann unter die Lupe, der auch zu den Verehrern der Dolchstoßlüge gehört. Diesen Leichmann traf Keil eines Tages in der Eisenbahn. Ueber die Unterhaltung, die beide führten, gibt Genosse Keil diesen reizvollen Bericht:

„General v. Leichmann nahm gemeinsam mit einem jungen Herrn in der einen Hälfte des Abteils Platz, während ich mich in die andere Hälfte setzte und meine Zeitung zu lesen begann. Nachdem Leichmann mich erblickt hatte, sprach er mit lauter, im ganzen Abteil vernehmbarer Stimme zu seinem Begleiter über den „Völkischen Beobachter“ und vom „Völkischen Kurier“, wo man den Dolchstoßprozeß verfolgen und lesen könne, wie es „die roten Hunde“ getrieben hätten. Darauf sprach ich den General an und bedeutete ihm, wenn er mit diesen Bemerkungen etwa auf mich ziele, so könnte ich ihm sagen, wo die „Hunde“ zu finden seien. Mutig schrie er zurück: Was geht Sie mein Gespräch an usw. Und nun ging's erst recht los, wie auf dem Fischmarkt. Das seien die Menschen, die den Eid der Treue geleistet hätten und meinelidig geworden seien usw. Ich ermahnte ihn nun, nicht so unvorsichtig zu sein, sonst müßte ich ihn daran erinnern, wie er nach der Revolution bei mir, als dem Führer der Sozialdemokraten, um eine Stelle gebettelt habe. In etwas gedämpfter Tone erwiderte er, das sei nicht wahr, da müsse eine „Berichtigung“ vorliegen. Jetzt antwortete ich ihm, daß er die Tatsache noch wegzuleugnen suche.“

Dieser General v. Leichmann hatte nämlich seinerzeit nach dem Zusammenbruch der Monarchie sein republikanisches Herz entdeckt und den Abgeordneten Keil, der von der verfassunggebenden Landesversammlung zu ihrem Präsidenten gewählt worden war, in seinem Dienstsitzimmer besucht, um ihm mitzuteilen, daß er ganz aus dem Boden der neuen staatlichen Verhältnisse stehe. Er sei schon immer ein „sozial“ gesinnter Mensch gewesen und wäre sehr gern bereit, ein Amt zu übernehmen, in dem er seine sozialen Anschauungen betätigen könne. . .

Das Spanien, in dem alles stürzt, ist das heutige Rußland. Die Dynastie, die gestürzt wird, ist die russische Dynastie. Die Todesqual der entronnten Herrscher und die Leidenschaft der Rotgardisten, die den Kalender der neuen Sowjetordnung anreihen, ohne daß eine Welt besonders durch Lob oder Tadel ausgezeichnet wird. Lunatscharkski ist sehr gerecht. Er zeigt sogar die Blutsbrüder der roten Revolution, Räubergelahr und Mörderlust. Das Staatsprogramm, das sich aus seiner Dichtung herauslesen läßt, ist durchaus im Einklang mit harmonischer Gerechtigkeit. Nicht einmal die Revolution wird übermäßig gefeiert. Don Quixotte, der ein wenig das Spiegelbild des Dichters ist, weiß der Kopf des Dichters sich bemüht, nach allen Seiten hin zu verfahren und zu verfahren, wirkt als liebenswürdigste Gestalt. Die einzelnen Bilder des Dramas zeigen Erfindungskraft, Poetik und Humor. Ja, der Humor, den Sancho Panza, Don Quixottes treuer Gefährte, verbreitet, gehört zum Besten der Dichtung. Durch diesen Humor schützt sich der Dichter dagegen, daß ihm ein unvorsichtiger Fanatismus aus dem Herzen in die Feder rinnt.

Ran hat dieses Schauspiel im Theater am Bülowplatz mit großer Liebe beschenkt. Ist Friedrich Kappeler auch nicht der nervöse Don Quixotte, der zusammenzuckt vor jedem menschlichen Schmerz, ist Friedrich Kappeler auch eher ein Apffel und Prediger als ein Ritter von der traurigen Gestalt, so erfüllt er doch seine Don-Quixotte-Rolle mit viel gewinnender Parteilichkeit. Entzückt einfüllig wirkte Viktor Schwannete als Knappe Don Quixottes. Die schlichte Ungelenkigkeit und die ungelante Treue beherrschten jede Bewegung dieses Schauspielers, der über viel Geschicklichkeit und Tugenden verfügt. Die Künstler waren offenbar sehr froh, mit Hingabe diesem belehrenden und gleichzeitig unterhaltenden Stücke dienen zu können. Herr Granch und Herr Keuh bezeugten diesen Willen durch eine außerordentliche Diszipliniertheit. Die Schauspieler versuchten gar nicht, ihre scharfe Persönlichkeit hervorzuheben. Verloren und tief verbunden hielten sie zu ihrer Truppe. Friß Holl, der Regisseur, durfte zufrieden sein. Max Hochdorf.

## Protestversammlung des Opernpersonals.

Nach Schluß der Vorstellungen in den staatlichen Opernhäusern fand gestern abend um 11 Uhr in der Singatademie eine Protestversammlung des gesamten künstlerischen und technischen Personals der staatlichen Oper gegen die schlüsslose Entlassung des Intendanten v. Schillings statt.

Dr. Paul Hensel verlas die Rechtfertigungsschrift. Die der Kultusminister am Nachmittag der Berliner Presse zugestellt hatte, und suchte sie Punkt für Punkt zu widerlegen. Schillings befand sich seit einiger Zeit im Kampf mit gewissen Elementen, die unter dem Deckmantel der Anonymität bemüht seien, den Einfluß und die Stellung des Intendanten zu untergraben. Wer diese Elemente seien, wisse jeder, der mit der Staatsoper vertraut sei. Kein einziger der angeführten Gründe rechtfertige den rigorosen Schritt des Ministeriums. Die beiden Hauptpunkte, die Dr. Becker gegen Schillings ins Feld führte, nämlich die holländische Gastspielreise und den Vortrag, den der Intendant angeblich mit Barbara Kemp geschlossen habe, zeugten eher gegen das Kultusministerium als gegen den Intendanten. Der Vortrag mit der Kemp sei von Geheimrat Winter

unterzeichnet worden und das holländische Gastspiel habe sich in denselben Formen vollzogen wie das nordische, gegen das kein Mensch etwas einzuwenden. Wertwürdig sei, daß Geheimrat Winter den Intendanten gebeten habe, ihn nach Holland begleiten zu dürfen, und daß das Ministerium diesen Etat strich, worauf Geheimrat Winter programmäßig krank wurde. Auch der Vorwurf der schlechten Geschäftsführung breche in sich zusammen, wenn man in Rechnung lege, daß der Zuschuß, den vor dem Kriege beide königlichen Theater erhielten, 1 1/2 Millionen betrug und der heutige 2 Millionen nicht übersteige. Man dürfe dabei außerdem nicht vergessen, daß es sich früher nur um zwei Theater handelte, von denen das Schauspielhaus seinen Etat ausbalancierte, und daß heute vier Theater vorhanden seien und das Schauspiel augenblicklich ein Drittel der Summe als Zuschuß gebrauchte. Wo hier eine schlechte Geschäftsführung bei der Oper vorliege, könne kein Einsichtiger erkennen. Schillings habe besonders in den schwierigen Zeiten der Inflation und Deflation bewiesen, daß er sehr wohl fähig ist, ein Unternehmen wie die Oper vor dem Untergang zu bewahren, und Minister Boelig, der Vorgänger Beckers, habe öfters dem Intendanten seinen wärmsten Dank für seine künstlerischen und geschäftlichen Bemühungen ausgesprochen. Warum also heute der Sturm gegen Schillings?

Die absolute Anbelagerung des Künstlers durch ein in bürokratischen Formen verfaßtes Ministerium sei der wahre Grund für den Sturz des Intendanten, darüber täuschten auch die schönsten Worte nicht hinweg. Bemerkenswert sei es auch, daß an dem Tage, da Dr. Becker den Intendanten fristlos entließ, der deutsche Kultusminister Dr. Stresemann ein großes Bankett zu Ehren Schillings' veranstaltet habe.

Nachdem der Vorsitzende des Betriebsrats der Oper gesprochen und der Vorsitzende der Bühnengenossenschaft Wallauer, der darauf hingewiesen hatte, daß der Fall Schillings einen unerhörten, in der Theatergeschichte einzig dastehenden Fall eines Eingriffs der pedantischen Bürokratie in das Schaffen eines hochbegabten Künstlers bedeute, nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der sie schärfsten Protest gegen die entwürdigenden Formen der Entlassung Schillings' erhob, eine Rückgängigmachung verlangte und dem Intendanten ihr volles Vertrauen aussprach.

Zur Schillingskrise. Der Kultusminister hat den Kunst- und Musik- und Landtags für Montag zu einer Besprechung des Falles Schillings eingeladen. — Die Genossenschaft der deutschen Bühnengedienten, der Schupchorband der Schriftsteller, der Goethe-Bund, der Verband konzertierender Künstler planen eine gemeinsame Protestaktion gegen das Vorgehen des Kultusministeriums. — Ein Vertreter der Telegraphen-Union hatte Gelegenheit, mit dem zurückgetretenen Intendanten der Staatstheater, Professor Lehner, ausführlich über seinen Rücktritt zu sprechen. Intendant Lehner erklärte unumwunden, daß er seinen Rücktritt als eine Frage des Takttes und des Gefühls aufstellte, weil die Form, in der das Kultusministerium den Generalintendanten der Staatsoper entlassen habe, eine solche Handlung des in unmittelbarer Nachbarschaft arbeitenden Staatstheaterintendanten notwendig gemacht habe. „Gewiß“, so erklärte Prof. Lehner, ich beitrete nicht, daß ich in vielen Dingen nicht derselben Auffassung wie Herr v. Schillings war und daß es viele sachlich begründete Differenzen zwischen dem Kultus-



